

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabeorten 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung gebührt. Einzelnummern werden nach Möglichkeit postfrei und weitere Annahmen zu jeder Zeit übernommen. In Falle Abwesenheit, Abreise oder sonstiger Betriebsstörungen behält kein Abnehmer auf Verlangen die Zeitung über Abholung des Tagespreises. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreise: Die Spaltenreize zu 20 Zeilen, die 4-spaltigen Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen, die 2-spaltigen Reklamereize in regelmäßigen Zeilen 100 Zeilen. Nachvertragsgeld 20 Goldstücke. Sonstige und Platzverträge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Tagespreis 4 Pfennig. Bei Abwesenheit wird die Zeitung durch Fernsprecher übermitteln. Abnehmer wie keine Garantie. Jeder Abonnent hat die Pflicht, wenn der Vertrag durch Rückgabe eingegangen werden soll, über die Zeitung zu geben in Form eines Briefes. Abnehmer nehmen alle Verantwortlichkeiten entgegen.

Nr. 251. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, 27. Oktober 1925

Krise.

Von unterrichtetester Seite wird uns aus Berlin unterm 24. Oktober über den Stand der innerpolitischen Lage geschrieben:

Aus der Entschiedenheit, die die deutschnationalen Reichstagsfraktion gefaßt hatte und die im Anschluß an eine sehr scharfe Rede des Grafen Westarp im Auswärtigen Ausschuß bekannt wurde, konnte man schon entnehmen, daß der Widerstand dieser Partei gegen die Abmachungen in Locarno sehr erheblich war; es war auch bekannt geworden, daß es nur sehr schwer gelingen war, eine Art Kompromißformel zu finden, durch die der sofortige Druck noch vermieden, die endgültige Stellungnahme der Fraktion noch hinausgeschoben war. Die bekannten Bedenken, die keineswegs allein von deutschnationaler Seite, sondern auch von anderen Parteien gegen gewisse Formulierungen des Vertragsentwurfes, so besonders hinsichtlich des Artikels 1 des Rheinparies (Verzichtserklärung) und des Artikels 16 (Durchmarschrecht und Teilnahme an Völkerbundeskonventionen), geltend gemacht wurden, sind dadurch verhärtet worden, daß eine Änderung dieser Formulierung für ausgeschlossen erklärt wurde, daß in Paris und London amtliche oder doch halbamtliche Regierungserklärungen gemacht wurden, wonach die deutsche Ansicht, der Artikel 1 enthalte keine Verzichtserklärung auf deutsches Land, sondern nur einen Verzicht auf Ausrüstungspläne, für irrig erklärt wurde. Außerdem verteilte sich namentlich in Paris nach Ansicht der Deutschnationalen der Widerstand gegen die vertragliche Festlegung der sogenannten Rückwirkungen in einer Weise, die jede Hoffnung darauf schwächen mußte, daß die Zusagen Briand in Locarno Wirklichkeit werden. Schließlich glaubte man in jener Partei auch auf die lobenswerten Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei hinweisen zu müssen, die zwar eine Garantie Frankreichs diesen Ländern gegenüber bei einem deutschen Angriff aussprach, an einer umgekehrten Garantie aber schweigend vorüberging. Unstreitig sind diese Verträge ihrem Sinn nach auch nur schwer mit dem Geiste von Locarno in Einklang zu bringen.

Diese Erwägungen haben nun den Parteivorstand und die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei zu folgendem gegenwärtigen Stande angeregt. „Zu Fortführung der von der Deutschnationalen Volkspartei bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar.“ Auf Grund dieses Beschlusses hat Graf Westarp als Vorsitzender die deutschnationalen Reichstagsfraktion zu einer Sitzung ein. Es wurde sofort die Annahme gefaßt, daß die Fraktion der Entschiedenheit des erweiterten Parteivorstandes beitreten wird. Tatsächlich ist in die Reichstagsfraktion der ordnungsmäßige Träger der politischen Haltung der Partei und trägt damit also auch die Verantwortung für die Folgen, die der Beschluß der Deutschnationalen zeitigen wird.

Die Krise ist da. Die Krise, die man hat kommen sehen im Augenblick, als unsere Delegationen aus Locarno zurückkehrten. Der Reichskanzler Dr. Luther und der Reichsanzenminister Dr. Stresemann haben auf dem Standpunkt, daß die unerfüllten Hoffnungen noch erreicht werden können; deutschnationaler Seite ist man aber der Ansicht, daß selbst bei Erreichung dieser Forderungen es Bestimmungen im Vertrag gibt, die das Ganze unannehmbar machen.

Die Folgen der deutschnationalen Stellungnahme können keine anderen sein als die, daß die Partei sofort in die Opposition tritt. So hieß es wenigstens heute in Kreisen, die der Partei sehr nahe stehen. Das würde bedeuten, daß der Veriranensmann dieser Partei im Kabinett, der Innenminister Schiele, keine Demission einreichte; auch der Reichsanzenminister von Schlieffen, der zwar Reichminister ist, soll erklärt haben, daß er aus dem Beschluß der Fraktion die gleiche Folgerung ziehen wird. Was der Reichswirtschaftsminister Neuhaus, der gleichfalls im deutschnationalen Lager ist, nun wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen; doch ist sehr wahrscheinlich, daß er sich dem Vorgehen der anderen beiden Minister anschließt. Welche innerpolitischen Folgen der Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett und der Regierungscoalition nach sich ziehen wird, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen. Man spricht von Reichstagsauflösung und Wahlkampf, weil das Schicksal der Vereinbarung von Locarno, also die Billigung durch den Reichstag, ganz unbestimmt wird, wenn deutschnationalen, Deutschnationalen und Kommunisten dagegen sind. Die Haltung der Sozialdemokratie ist vorläufig ganz unbestimmbar. Eine Auflösung des Reichstages könnte nur erfolgen durch eine Verordnung des Reichspräsidenten, dessen Stellung zu Locarno damit sehr stark in den Vordergrund des politischen Kampfes tritt.

Der Schritt der Deutschnationalen wird natürlich auch nach außen hin von sehr erheblicher Bedeutung sein. Unsere Vertragsgegner von Locarno haben der Tatsache gegenüber, daß die große rechtsgerichtete Partei in Deutschland die getroffenen Abmachungen ablehnen, die

Die deutschnationalen Reichsminister zurückgetreten.

Der deutschnationale Beschluß

Berlin, 25. Oktober. In der heutigen Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei wurde nach sehr kurzer Aussprache folgender Beschluß gefaßt: „Im Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober billigte die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieffen, noch heute durch den Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.“

Das Rücktrittsgesuch überreicht.

Berlin, 25. Oktober. Wie die Telegraphenunion erzählt, haben die Minister Schiele, v. Schlieffen und Neuhaus entsprechend der in der deutschnationalen Entschcheidung enthaltenen Aufforderung am Sonntagabend 9 Uhr dem Reichskanzler ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

Noch keine Entscheidung.

Berlin, 26. Oktober. Wie die Telegraphenunion von unterrichteter Seite erzählt, ist im Laufe der Sonnabendnacht irgend eine Entscheidung zu den Entlassungsgesuchen der drei deutschnationalen Reichsminister nicht mehr zu erwarten. Der Kanzler nahm gestern abend gemeinsam mit dem Reichsanzenminister Dr. Stresemann und den Staatssekretären dieser beiden Ressorts an einem Essen teil, das in der ägyptischen Gesandtschaft vom Premierminister Ziver Velscha veranstaltet wurde. Gerüchte, denen zufolge der Kanzler nach der Überreichung der Demissionssuche noch eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten haben sollte, können auf das bestimmteste demontiert werden. Tatsächlich hat der Kanzler, bevor er in die ägyptische Gesandtschaft fuhr, beim Reichspräsidenten einen Besuch gemacht, zu einem Zeitpunkt also, als die Demissionssuche noch gar nicht vorlag. Im Laufe des Montag dürfte sich wahrscheinlich das Kabinettskabinett versammeln, um die Lage zu beraten. Ferner sind Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Reichspräsidenten selbstverständlich. Es ergibt sich aus der Lage, daß der Kanzler mit den Parteiführern Rücksprache nehmen wird, um darauf die Entschlüsse für die weitere Entwicklung aufzubauen. In parlamentarischen Kreisen wird die Lage sehr ruhig beurteilt. Es liegt Grund für die Annahme vor, daß die weiteren Entschlüsse ohne Hektik gefaßt und durchgeführt werden.

Um die Räumung Kölns.

Berlin, 25. Oktober. Wie das englische Bureau Reuters erzählt, wird in London angenommen, daß vor dem Abschluß der demnächst beginnenden Beratungen der Völkervereinigung über die in Paris überreichte deutsche Note zur Entwaffnungsfrage ein endgültiger Zeitpunkt für den Beginn der Räumung Kölns nicht festgesetzt werden wird. Immerhin werde erwartet, daß im Hinblick auf das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno die Vorkehrungen für die Räumung rechtzeitig werden. Reuters betont, die englische Regierung habe, wie schon oft zum Ausdruck gekommen sei, den Wunsch, die Kölner Zone so bald als möglich aufgeben zu können.

Nach englischer Ansicht ist die Note der Reichsregierung, der sie die Alliierten davon in Kenntnis setzt,

Ablehnung möglicherweise weitere Kreise ergreifen würde, wenn die Rückwirkungen ausblieben. So könnte das Vorgehen der Deutschnationalen im Auslande die Wirkung haben, eine größere Nachgiebigkeit hervorzuwirken. Freilich wird auch die Ansicht laut, die Alliierten würden den Widerstand gegen die Rückwirkung verheißt, weil sich die bisher größte deutsche Regierungspartei grundsätzlich gegen die Feste selbst erklärt habe. Wie eine Sturmflut werden sich jetzt in Deutschland die innerpolitischen Kämpfe erheben. Die Krise ist da. Vielleicht wird sie aber nicht dadurch gelöst werden, daß es zu einer entscheidenden innerpolitischen Auseinandersetzung kommt, sondern das Ausland durch seine ablehnende Stellung aller deutschen Wünsche und Forderungen die Entscheidung über das Wert von Locarno selbst fällt.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Sofia, 25. Oktober. Nach einer Mitteilung aus dem Kriegsministerium haben die griechischen Truppenbewegungen auf der ganzen Linie aufgehört. Die Positionen der Griechen sind von denselben durch weiße Fahnen kenntlich gemacht. Die Soldaten werfen Schützengraben aus. Betrifft ist von den griechischen Vorposten verlassen. Das Gros der griechischen Truppen steht unmittelbar vor der Stadt, und arabisch-

was in Deutschland geschehen ist, um den Forderungen der Militärkontrollkommission zu entsprechen, in den wichtigsten Punkten befriedigend. Die englischen Militärbehörden sind beauftragt, die Einzelheiten der Note zu prüfen und unverzüglich über das Ergebnis dem Kabinet Bericht zu erstatten.

Eine Note des Generals Walsh an die Botschafterkonferenz.

Paris, 26. Oktober. Wie schon gemeldet, wird die Botschafterkonferenz am Dienstag früh zur Prüfung der deutschen Abklärungsnote zusammenzutreten. Gleichzeitig wird ihr eine soeben eingetroffene Note des Generals Walsh vorgelegt werden, die der Vorsitzende der Berliner Interalliierten Militärkontrollkommission wahrscheinlich kommentieren wird. Beide Dokumente werden dann dem Interalliierten Militärkongress in Versailles zur Begutachtung überwiesen werden. Die Note des Generals Walsh enthält nachstehende fünf Punkte: 1. Befugnis des Generals Seekt, 2. Organisation und Erennung des deutschen Generalkommandos, 3. Organisation der Polizei, 4. Umstellung der Fabriken, 5. Verhütung des Kriegsmaterials.

Allgemeiner Stimmenverlust bei den badischen Landtagswahlen.

Eigener Fernsprechbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Karlsruhe, 26. Oktober. Die um 12 Uhr nachts vorliegenden Resultate der badischen Landtagswahlen lassen erkennen, daß die Wahlen vor allem für die Zentrumspartei und die Sozialdemokratische Partei wenig günstig verlaufen sind. Der Reichsbund, der sich aus den Deutschnationalen und dem Landbund zusammensetzt, hat ebenfalls an Stimmen eingebüßt, während die Deutsche Volkspartei einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Auch die Kommunisten haben diesmal Stimmen gewonnen. Die Wirtschaftliche Vereinigung weist ebenfalls einen Stimmenrückgang auf, während die kleineren Parteien ebenfalls nicht auf eine Vertretung im Landtag rechnen können. Gewissermaßen über die den einzelnen Parteien zustehende Sitze im Landtag kann naturgemäß noch nichts gesagt werden, aber soviel scheint doch bereits festzustellen, daß Zentrum, Sozialdemokraten und Reichsbund (Deutschnationale und Landbund) ihren bisherigen Besitzstand kaum erreichen können.

Vor dem Rücktritt der französischen Regierung

Eigener Fernsprechbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 26. Oktober. Die politische Lage hat durch die Ansprache von Painlevé am Sonntagabend in Paris und Caillaux gestern abend in Chateau du Bois eine weitere Klärung erfahren. Während die Ansprache des Ministerpräsidenten trotz der unverkündeten Voreingenommenheit des Redners für die Kapitalabgabe die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen beiden Finanzmethoden bezeugt, ergreift Caillaux in schroffer Form die Stellung und hat dadurch die Brücke, die durch die Formel des radikallogischen Kongresses eben gebaut wurde, wieder hinter sich abgedreht. Der Gesamteindruck der Rede Caillaux wird von den Blättern dahin zusammengefaßt, daß es jetzt kein Zurück mehr gebe und die Erzielung eines Einverständnisses im Kabinett ausgeschlossen ist. „Paris Soir“ dürfte die allgemeine Stimmung zum Ausdruck bringen, wenn er schreibt, daß der Rücktritt der Regierung jetzt unvermeidlich erscheint.

Flügeltunge zeigen eine lebhaftige Tätigkeit über dem ganzen Strumatal. Der durch die zweimalige Beschließung von je ein und zwei Stunden der Stadt Betrüß verursacht Schaden wird bei oberflächlicher Schätzung auf 25 Millionen Lira geschätzt.

Zu der in Paris stattfindenden Sitzung des Völkerbundes hat sich eine bulgarische Abordnung in Begleitung juristischer Sachverständiger gegeben, um den bulgarischen Standpunkt zu vertreten. Die Eröffnung der Pariser Tagung zur Erörterung des Konfliktes ist jetzt auf Montag nachmittag angelegt. Chamberlain wird Montag mittag in Paris eintreffen.

Die griechische Regierung hat im Prinzip beschlossen, die Einladung nach Paris anzunehmen und ihren Gesandten in Paris, Karapanos, mit ihrer Vertretung beauftragt, sie wird außerdem einen militärischen Delegation nach Paris entsenden.

Ablehnung des griechischen Ultimatum.

Fortdauernde Beschließung von Betrüß. Die bulgarische Regierung hat nach Erhalt von Mitteilungen des Völkerbundssekretariats auf die Note der griechischen Regierung, in der eine Entschädigung von Bulgarien für die Opfer des Grenzgefechts verlangt wird, in ablehnendem Sinne geantwortet. Bevor nicht der Völker-